

Regierungserklärung

Europas große Herausforderungen

Die größte Flüchtlingskatastrophe seit dem zweiten Weltkrieg, die Finanzkrise in Griechenland: Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. In ihrer Rede zur Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 25. und 26. Juni in Brüssel unterstrich die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, dass der Geist der europäischen Währungsunion nicht verloren gehen dürfe.



Foto: picture alliance/dpa

Dazu sei es jedoch notwendig, dass von Seiten Griechenlands die getroffenen Vereinbarungen auch eingehalten werden, so Hasselfeldt. Zwar steht das Thema Griechenland nicht auf der offiziellen Tagesordnung des Europäischen Rates am 25./26. Juni, dennoch machte Hasselfeldt im Deutschen Bundestag deutlich: „Das, was die derzeitige griechische Regierung veranstaltet, das schadet den Menschen in Griechenland, das schadet dem Euro, und das schadet auch Europa.“ Die Grundphilosophie der Währungsunion, die in der Verbindung von Solidität und Solidarität liege, war in vielen Staaten Europas erfolgreich. Sie müsse auch in Zukunft für Griechenland gelten.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bekräftigte, dass es Leistungen nur gegen Gegenleistungen geben werde. Bis zum 30. Juni 2015 haben die Eurozone und Griechenland Zeit, sich zu einigen. Das ist Voraussetzung für

die Auszahlung der weiteren Hilfen von 7,2 Milliarden Euro. Am Montag werden sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone zu einer Sondersitzung in Brüssel treffen.

Doch Griechenland ist derzeit nicht die einzige Herausforderung, die gemeistert werden muss. Am Donnerstag haben sich in Berlin die Ministerpräsidenten der Länder getroffen, um sich in der aktuellen Flüchtlingsproblematik zu beraten. Gerda Hasselfeldt unterstrich zuvor in ihrer Rede vor dem Plenum, dass der richtige Um-

gang mit den großen Flüchtlingsströmen nicht allein eine Frage des Geldes sei. Es gehe vielmehr um strukturelle Änderungen. „Dieses Problem ist so groß, dass eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden gefragt ist“, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe. Dessen sei man sich im Bund bewusst. (Mehr zum Thema Asyl und Flüchtlinge auf Seite 4)

**Gemeinsame
Verantwortung,
gemeinsames
Handeln**



Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang Juli wird sich der Bundestag in verschiedenen Gruppenanträgen mit dem wichtigen Thema Sterbehilfe auseinandersetzen. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob und wie Ärzte, Einzelpersonen oder Vereine beim Sterben eingreifen dürfen.

Mit einem anderen Aspekt der letzten Lebensphase hat sich der Bundestag bereits in dieser Woche befasst. Wenn Ärzte nicht mehr heilen können, kommt es darauf an, die Schmerzen zu lindern und die letzten Tage so erträglich wie möglich zu gestalten. Dazu hat der Bundestag nun ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Versorgung Schwerstkranker in ihrer letzten Lebensphase erheblich verbessern wird.

Wir stärken die Hospizarbeit und die ambulante Versorgung in ganz Deutschland. Auch wenn der Zusammenhalt unter den Menschen in ländlichen Regionen traditionell stark ist, fehlt es gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen häufig an Angeboten für schmerzlindernde Therapien. Hier wird die finanzielle Unterstützung deutlich ausgebaut. Von entscheidender Bedeutung ist auch die Stärkung der Sterbebegleitung in den Pflegeeinrichtungen. Um den Bewohnern zu helfen, sollen Pflegeeinrichtungen besser mit Hospizdiensten und Ärzten zusammenarbeiten und ihre eigenen Pflegekräfte für die Sterbebegleitung schulen und einsetzen.

Der Umgang mit Schwerstkranken und Sterbenden berührt die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft, er definiert auch unsere Menschlichkeit. Deswegen arbeiten wir daran, jedem Schwerstkranken die Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die er wünscht und braucht. Die Union steht an der Seite derjenigen, die Hilfe benötigen. Die Union ist die Pflegepartei in Deutschland, wir lassen die Menschen auch in ihrer letzten Lebensphase nicht allein.

Dr. Reinhard Brandl MdB

17. Juni 1953

Ein Tag des Willens zur Einheit und zur Freiheit

„Heute vor 62 Jahren haben hundertausende Frauen und Männer den ersten Sargnagel tief in das Unrechtsregime der DDR geschlagen“, sagte Max Straubinger, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Anlässlich des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR fand am Mittwoch im Parlament eine einstündige Debatte statt.

Eine Welle von Streiks, Demonstrationen und Protesten breitete sich am 17. Juni 1953 von Ost-Berlin über die ganze DDR wie ein Flächenbrand aus. Nur mit Hilfe ihrer sowjetischen Verbündeten konnte die DDR-Staatsmacht den Aufstand ersticken. Bei der Niederschlagung kamen mindestens 55 Menschen ums Leben. Die meisten Todesopfer gab es in Halle an der Saale und in Berlin. Max Straubinger unterstrich bei seiner Rede im Deutschen Bundestag, der 17. Juni sei ein Tag der Zivilcourage, des Willens zur Einheit, des Willens zur Freiheit. Straubinger weiter: „Und deshalb ist der 17. Juni kein ost- oder auch kein westdeutscher Tag. Er ist ein gesamtdeutscher Gedenktag.“



Foto: picture alliance/akg-images

Der Parlamentarische Geschäftsführer betonte das große Leid, das die Diktatur der DDR mit sich brachte: Bespitzelung, Umerziehungsheime für Jugendliche, Inhaftierungen und Todeschüsse an der Mauer. „Ein Staat, der all das tut, ist ein Unrechtsstaat. Nicht nur in der Konsequenz, sondern von Grund auf.“ Straubinger weiter:

„Die vielen Tausende Flüchtlinge und Ausreisewilligen, die Unzähligen, die in die innere Immigration gingen, die Gefangenen in Hohenschönhausen, Bautzen, Schwedt und anderswo, die vielen Mauertoten und die Toten des 17. Juni bezeugen das mit ihrem Schicksal. Auch ihrer gedenken wir heute.“

Diese Woche

Regierungserklärung	
Europas große Herausforderungen	1
17. Juni 1953	
Ein Tag des Willens zur Einheit und zur Freiheit	2
Bundestags-ABC	
Was ist ... die Kommission für Auslandseinsätze?	2
Präventionsgesetz	
Vorsorge ist die beste Medizin	3
Erhöhung Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld	
Finanzielle Entlastungen zum Wohl der Kinder	3
Bürgertelefon am 30. Juni	
Offenes Ohr für Bürger	3
Flüchtlinge	
Gefordert: Solidarität in Europa	4
Hospiz- und Palliativversorgung	
Würdevoller Abschied	4
Infrastrukturabgabe	
Maut-Gesetz ist EU-konform	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Matthias Tunger

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist ... die Kommission für Auslandseinsätze?

Das letzte Wort hat das Parlament: Der Deutsche Bundestag muss jedem Mandat der Bundeswehr zustimmen. Denn Einsätze im Ausland zählen zum Parlamentsvorbehalt. Eine Kommission prüft seit geraumer Zeit, wie diese Rechte des Parlamentes gewahrt werden können.



Foto: picture alliance/dpa

Der richtige Name der Kommission ist lang und kompliziert: Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Das Gremium besteht aus vier Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie Sachverständigen, die keiner Fraktion angehören. Den Vorsitz hat der ehemalige Bundesminister der Verteidigung Volker Rühle. Ziel der Kommission soll die rechtliche

und politische Prüfung eines entsprechenden Handlungsbedarfes zur Anpassung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes sein. Die Ausgangsfrage der Kommission dabei ist: Soll trotz der zunehmenden Bündnisintegration weiterhin das Parlament die Einsätze der Bundeswehr mandatieren? Vor kurzem hat die Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Ergebnis: Die Bundeswehr bleibt eine Parlamentsarmee.

Präventionsgesetz

Vorsorge ist die beste Medizin

Sport auf Rezept, Impfberatung vor dem Kita-Eintritt, Verbesserungen im Arbeitsschutz. Der Bundestag hat am Donnerstag ein Präventionsgesetz verabschiedet, welches die Gesundheit in allen Lebensbereichen und in jedem Alter fördern soll.

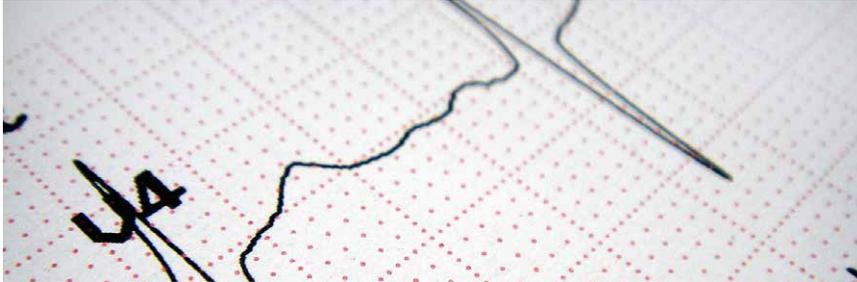


Foto: picture alliance/blickwinkel

„Gezielte Gesundheitsförderung und Prävention tragen dazu bei, dass Krankheiten erst gar nicht entstehen, dass Menschen gesünder älter werden und dass die Lebensqualität steigt“, stellte Stephan Stracke, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe klar. Deshalb werden die Leistungen der Krankenkassen für Präventionsmaßnahmen mehr als verdoppelt. Vor allem Früherkennungsuntersuchungen sollen

erweitert werden, ebenso wie die betriebliche und schulische Gesundheitsförderung.

„Mit dem Präventionsgesetz unterbreiten wir den Versicherten zahlreiche Angebote, um gesund zu bleiben. Dazu gehört für mich besonders das Thema Impfschutz“, so Reiner Meier (CSU). Für Kinder soll es demnach verpflichtend eine Impfberatung vor dem Eintritt in die Kindertagesstätte geben.

Bürgertelefon am 30. Juni

Offenes Ohr für Bürger



Foto: CSU-Landesgruppe

Unter diesem Motto richten die CSU-Bundestagsabgeordneten am Dienstag, den 30. Juni 2015, eine Telefon-Hotline ein.

Geschaltet ist das Bürgertelefon in der Zeit zwischen 13 und 15 Uhr unter der Telefonnummer:

0800 / 091 55 22

Die Anrufe sind gebührenfrei. Ziel dieser Telefon-Aktion ist es, die Anrufer über die Arbeit der CSU-Landesgruppe zu informieren.

Erhöhung Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld

Finanzielle Entlastungen zum Wohl der Kinder

Mehr Geld für Familien und Alleinerziehende: Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag ein ganzes Bündel an finanziellen Verbesserungen beschlossen. Um insgesamt fünf Milliarden Euro sollen Bürgerinnen und Bürger steuerlich entlastet werden.

Alleinerziehende sollen finanziell gestärkt werden. Bereits rückwirkend zum 1. Januar 2015 steigt der jährliche Entlastungsbeitrag für das erste Kind um 600 Euro. Er beträgt dann 1.908 Euro. „Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung von Alleinerziehenden. Wir wissen welche besonderen Belastungen Alleinerziehende tragen müssen“, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt. Sie ergänzte: „Diese Unterstützung geht maßgeblich auf die CSU zurück: Auf dem letzten Parteitag hatten wir die steuerliche Entlastung Alleinerziehender beschlossen. Wir sagen nicht nur, dass uns die Mitte der Gesellschaft wichtig ist. Wir zeigen es durch unser Handeln.“ Zuletzt hatten sich die Fraktionsspitzen bei ihrer Klausurtagung in Göttingen auf steuerliche Entlastungen für Alleinerziehende verständigt. Doch nicht nur Allein-



Foto: picture alliance/dpa

erziehende werden künftig stärker unterstützt. Wie verfassungsrechtlich geboten wird auch der Grundfreibetrag 2015 um 118 Euro und 2016 um weitere 180 Euro sowie der Kinderfreibetrag um 144 Euro auf 4.512 Euro ab 2015 und nochmals um 96 Euro auf dann 4.608 Euro ab 2016 erhöht. Dies knüpft sich an die Vorgaben des zehnten Existenzminimumberichts. Damit auch Familien, auf die sich der

Kinderfreibetrag nicht auswirkt, finanziell gefördert werden, steigt auch das Kindergeld 2015 um vier Euro, sowie 2016 um weitere zwei Euro. Außerdem wird mit dem jetzigen Gesetz die kalte Progression abgebaut. Alle beschlossenen Maßnahmen werden ohne neue Schulden durchgeführt. Dies sei die Politik im Sinne der kommenden Generationen, so Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU).

Flüchtlinge

Gefordert: Solidarität in Europa

Schätzungen zufolge sind derzeit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht – mehr als im zweiten Weltkrieg. Die großen Flüchtlingsströme müssen bewältigt werden – als Gemeinschaftsaufgabe in der Europäischen Union. Dies unterstrich auch Gerda Hasselfeldt in der vergangenen Woche im Plenum.

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe betonte, dass Europa an einer fairen und gerechten Lastenverteilung in Europa arbeiten müsse. „Es ist eben nicht fair und nicht gerecht, wenn etwa drei Viertel der Asylbewerber in Europa von nur fünf Staaten aufgenommen werden. Das hat mit Solidarität in Europa nichts zu tun“, unterstrich Hasselfeldt. Deutschland nimmt absolut gesehen in der Europäischen Union die meisten Flüchtlinge auf – im vergangenen Jahr waren es mehr als 200.000.

Am Donnerstag haben die Ministerpräsidenten der Bundesländer sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um den Flüchtlingsstrom besser zu bewältigen. Asylverfahren sollen beschleunigt und abgelehnte Asylbewer-



Foto: picture alliance/abaca

ber schneller abgeschoben werden. Außerdem wurden Maßnahmen zur Integration und Sprachförderung von Asylsuchenden mit guter Bleibeperspektive beschlossen. Zudem solle die finanzielle Hilfe des Bundes für die Länder verdoppelt werden – auf eine Milliarde jährlich. Gerda Hasselfeldt betonte, vorrangig müssten die

Fluchtursachen bekämpft werden. „Ein zweiter Ansatz, dem wir uns widmen müssen, ist die Rettung der Menschen durch die Intensivierung der Seenotrettung und die Bekämpfung der Schlepperbanden.“ Auch neuen Lösungsmöglichkeiten wie Informations- und Asylzentren vor Ort müsse man sich öffnen.

Hospiz- und Palliativversorgung

Würdevoller Abschied

Schwerkranke sollen gezielter beim Sterben begleitet werden. Darauf zielt ein Gesetzentwurf, der am Mittwoch im Deutschen Bundestag in erster Lesung beraten wurde.



Foto: picture alliance/dpa

Speziell im ländlichen Raum soll die Hospiz- und Palliativversorgung verbessert werden. Besonders gestärkt wird die Sterbebegleitung in Pflegeeinrichtungen vor Ort. Ziel ist es ein flächendeckendes stationäres und ambulantes Angebot zu entwickeln, welches umfassende Unterstützung in der letzten Lebensphase bietet. So werden beispielsweise die Tagessätze in Hospizen angehoben. Pro Patient stehen künftig 255 Euro statt bisher 198 Euro zur Verfügung. Sterben in Würde sei eine ganz individuelle Angelegenheit, die die Politik nicht definieren könne, sagte Emmi Zeulner (CSU). Was Politiker jedoch machen könnten, ist das Setzen von bestmöglichen Rahmenbedingungen. Durch den jetzigen Gesetzentwurf werde die Versorgung nachhaltig positiv gestärkt, so Zeulner.

Infrastrukturabgabe

Maut-Gesetz ist EU-konform

Auch wenn die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat, unterstrich Bundesminister Dobrindt, dass das beschlossene Gesetz rechtskonform sei.



Foto: picture alliance/bildagentur online

In einer aktuellen Stunde beschäftigte sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag mit der Einführung einer Infrastrukturabgabe für PKW. Das Gesetz wurde Ende März vom Bundestag beschlossen, doch nun hat die EU rechtliche Bedenken. Dabei fordert jene europäische Kommission seit Jahren, dass die Nutzer stärker beteiligt werden sollen. Mit der Infrastrukturabgabe vollziehe Deutschland nun genau diesen gewünschten Systemwechsel von der Steuerfinanzierung zur Nutzerfinanzierung.

Es sei logisch und selbstverständlich, dass es für Halter in Deutschland zugelassener PKW nicht zur finanziellen Doppelbelastung kommen dürfe, so Dobrindt. Er kündigte „harte Auseinandersetzungen“ mit Brüssel an.